

# **Landesbibliothek Oldenburg**

## **Digitalisierung von Drucken**

### **Nachrichten für Stadt und Amt Elsfleth. 1871-1933 1931**

125 (20.10.1931)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-887589](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-887589)

# Nachrichten

## für Stadt und Amt Elsfleth

Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Im Falle von unverschuldeten Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Leitung: H. Zirk. Druck und Verlag von E. Zirk.



Anzeigenannahme bis spätestens Montag, Mittwoch, Freitag vormittags 9 Uhr. Größere Anzeigen tags vorher erbeten. Bei gerichtlicher Klage, Kontroversverfahren usw. wird etwa bewilligter Rabatt hinfällig.

Der Bezugspreis beträgt mit der Beilage „Heimat und Welt“ für den Monat 1.10 RM ausschließlich Bestellgeld. Anzeigenpreise: Die einseitige Korpusseite oder deren Raum 15 Pfg., auswärts 20 Pfg., Reklamezeile 50 Pfg. Für durch Fernsprecher aufgebundene Anzeigen kein Einpruchsrecht. Schließjahr 1931

Nr. 125 Elsfleth, Dienstag, den 20. Oktober 1931

### Chronik des Tages.

Das Reichsabinett ernannte die Mitglieder des deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses und machte dem Reichspräsidenten Vorschläge für die Ernennung des Wirtschaftsrats.  
Im Gegensatz zu der Vertagung des Reichstags im April werden in der neuen viermonatigen Plenarpause die Ausschüsse ihre Arbeiten fortsetzen. So wird der Hauptausschuss über die Abänderung der Notverordnungen beraten.  
Französischen Meldungen zufolge soll Laual in Washington für eine Halbierung der Kriegsschulden und der Tribute sprichwörtlich als Programmprogramm Lauals für seine Botschaft mit dem amerikanischen Präsidenten, dann ist festzustellen, daß eine derartige Reduzierung der politischen Zahlungen vor Jahren und zwar sehr vieles hätte ersparen können, jetzt dagegen, wo ein Uebermaß an solchen Zahlungen nahezu die gesamte Welt in schwerste Wirren gestürzt hat, kann eine bloße Halbierung der Tribute und Kriegsschulden dem Wirtschaftsleben noch fetten neuen Antriebe geben.  
Von der Lage nach der Vertagung des Reichstags im April untercheidet sich die parlamentarische Situation diesmal dadurch, daß auch während der Plenarpause eine ganze Anzahl von Ausschüssen verlammt sein werden. Von Bedeutung werden insbesondere die Verhandlungen des Haushaltsausschusses sein, da der Haushaltsausschuss zu den Anträgen auf Abänderung der letzten Notverordnung Stellung nehmen muß. Das Einverständnis der Regierung mit der Abänderung der Notverordnung hat übrigens der Kanzler bereits während der Plenarpause ausgesprochen. Ueber den Beginn des Arbeitsbeginns im Haushaltsausschuss ist noch keine Entscheidung getroffen. Man erwartet die Einberufung des Ausschusses für Mitte November. Um diese Zeit, nämlich am 19. wird auch der Wohnungsausschuss seine Arbeiten fortsetzen.

Die Regierung Brüning glossieren, schreibt die Deutsche Zeitung, der Reichstag sei „mit einer tragikomischen Abschiedsstellung von der politischen Bühne verschwunden.“ Der Tag bezeichnet die Mehrheit für Brüning als einen Rottzug. Der Lokal-Anzeiger meint, Brünings Siegesfeier in dem Umfalle der Wirtschaftspartei. Die Berliner Börsen-Zeitung äußert, Dr. Brüning ließe von der Sozialdemokratie abhängig und könne daher nicht zu durchgreifenden Reformen gelangen. Da Brüning für links optiert habe, sei die Ehe zwischen Zentrum und Sozialdemokratie so fest geworden, daß man das Zentrum die „katholische Sozialdemokratie“ nennen könne. Die Deutsche Allgemeine Zeitung deutet das Ergebnis der Abstimmung als eine kurze Zwischenpause und eine echte Chance für Brüning. Gelfeche das Notwendige nicht in allerletzter Frist, dann poche die Katastrophe an die Tür.  
Die nationalsozialistische Reichszeitung äußert sich zu der Abstimmung dahin, die NSDAP. trete in dem Bewußtsein, wie immer, so auch in diesen Tagen ihre Pflicht gegenüber der Nation getan zu haben, in dem unbeeuglichen Willen zu neuem Kampfe an, ihn zum endgültigen Siege zu führen.  
Die dem Reichsanwalt nachstehende Germania erwartet von der Regierung, daß sie die ihr gestellten Aufgaben mit aller Festigkeit in Angriff nimmt und auf dem Weg strenger Sachlichkeit und Gerechtigkeit zum Siege führt.  
Von den Blättern der Mitte meint die Vossische Zeitung, die Überläubigen hätten unrecht behalten. Die Tagung, die an einem Dreizehnter begonnen habe, habe nicht mit einem schwarzen Freitag geendet. Die Berliner Tageblatt erklärt, Brünings Erfolg wäre härter, wenn er nicht „durch peinliche Verhandlungen mit Interessengruppen wie der Wirtschaftspartei hätte erkaufte werden müssen.“ Der Börsen-Courier schreibt, die Mehrheit sei weit größer ausgefallen, als man erwartet habe.  
Das Zentralorgan der Sozialdemokratie, der Vorwärts, verbucht die Ablehnung der Mißtrauensanträge als einen Erfolg der Einheitsfront der Gemäßigten. Der Reichstag habe einen positiven Willen ausgesprochen; von der Regierung aber fordere diese Mehrheit des Reichstags Schutz des Tarifrechts und Winterhilfe für die Erwerbslosen.  
Die Presse des Auslandes befaßt sich gleichfalls eingehend mit der Reichstagsentscheidung. Die konservative Morning Post bescheinigt Brüning Ruf und Entschlossenheit. Ebenso erblüht der Daily Telegraph in der Ablehnung der Mißtrauensanträge einen persönlichen Triumph Dr. Brünings. New Chronicle meint, „jezt werde ein allgemeines Aufatmen durch Deutschland gehen.“ Von den französischen Zeitungen erlösen Deuure und Volonté in der Reichstagsentscheidung eine Chance für eine erfolgreiche Friedenspolitik. Journal Industrielle spricht von einer bestimmten Abnahme des Zentrums an eine Regierung der äußersten Rechten. Populaire „erhofft“ in der Hauptfrage die Einstellung des Baues des Panzerkreuzers B.

Die neue Plenarpause des Reichstags, die am 13. Oktober begann und vier Tage später geschlossen wurde, hat die Bestätigung des zweiten Kabinetts Brüning sowie der gesamten, seit Mai erlassenen Notverordnungen gebracht und mit der Wiedervertagung des Parlaments auf den 23. Februar 1932 die Gesetzgebung und die politische Verantwortung erneut und ausschließlich in die Hände der Reichsregierung gelegt. Damit der heftige Kampf zwischen Regierung und Reichspartei zugunsten des Kanzlers ausgegangen. Das Eingreifen der Waage bildete die Wirtschaftspartei, die geschlossen für die Regierung stimmte. Aber der Kampf um die Wahrung der Rechte ist mit der Vertagung des Reichstags nicht beendet; der Feldzug geht vielmehr weiter, wie ja auch die Politiker der Rechten noch vor dem Wiederzusammentritt des Reichstags offen betont haben, daß auch sie die vier Tage Reichstag nur als einen Unfall ansehen.  
Eine Ueberbrückung brachte die wahrheitsgemäß letzte Reichstagsungung in diesem Jahre mit der, nach dem Ausgange der Deputationalen und der Nationalsozialisten erstgesehenen Annahme, eines kommunalistischen Antrags, der die Reichsregierung mit der Einstellung des Neuzuganges des Panzerkreuzers B. beauftragt. Dafür stimmten mit den Antragstellern die Sozialdemokraten, insamt 211 Abgeordnete, dagegen die 171 übrigen juristisch-rechtlichen Parlamentarier. Wahrscheinlich wird diese Entscheidung, deren Bedeutung in der Aufeinanderfolge der vielen Abstimmungen nicht ausreichend gewürdigt wurde, noch häufig Stoff zu Diskussionen geben. Ob freilich der Einheitsfrontschluß nun auch wirklich die Voraussetzung zur Folge haben wird, läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen. Da es sich um einen Auftrag handelt, hätte natürlich die Reichsregierung über die Durchführung dieses Auftrags Beschluß zu fassen.  
Bedeutet somit die vier Tage Reichstag im Kampf um den Ruf der deutschen Gesamtpolitik nur eine Etappe, dann ist das auch hinsichtlich der Erfüllung der deutschen Aufgaben. Und hier handelt es sich keineswegs nur darum, wie wir durch den Winter kommen und wie wir die vielen Millionen deutscher Familien, deren Ernährer seit langen Jahren dem Produktionsprozeß keinen Platz mehr haben, vor der Verzweiflung bewahren können — freilich ist auch das schon eine gewaltige Arbeit —, sondern die Aufgabe der deutschen Staatsführung gipfelt immer noch darin, das Staatswesen und die Wirtschaft auf eine neue Grundlage zu stellen, bestehende Pfeiler zu stützen und bereits gebohrte durch neue zu ersetzen.  
Gerade aber bei der Wahrung dieser Lebensnotwendigkeiten drohen neue innere Auseinandersetzungen heftigen Ausmaßes. Denn die Sanierung Deutschlands aus eigener Kraft ist ohne Opfer nicht durchzuführen. Damit aber gibt es, nicht nur die Verteilung der Opfer zu regeln, sondern die verantwortlichen Instanzen müssen auch die Zweckmäßigkeit der in Aussicht genommenen Maßnahmen prüfen. Hierbei sind nun nicht nur die Interessen der einzelnen Volksteile sorgfältig abzuwägen, sondern es muß auch der richtige Weg eingeschlagen werden, und gerade hier hinsichtlich sind die inneren Meinungsverschiedenheiten außerordentlich groß.  
Es bedarf daher nicht gerade besonderer Voraussicht, zu erkennen, daß die nächsten parlamentarisieren vier Monate politisch von größter Wichtigkeit sein werden. Der Abschluß dieser vier Monate wird dann ein neuer Zeitabschnitt des Reichstags bilden, in dem die letzte Entscheidung fallen wird, und es wird durch den Ablauf der Legislaturperiode des Reichstags Landtags neue Bewegung in die gesamte Politik kommen.  
Allerdings müssen in den nächsten Monaten die großen Fragen des Wirtschaftslebens nicht nur durch innere Maßnahmen gelöst werden, sondern auch die internationale Position hat keine Zeit mehr zu verlieren, wenn sie verhindern

### Nach der Entscheidung.

Berlin, 19. Oktober.  
Die neue Plenarpause des Reichstags, die am 13. Oktober begann und vier Tage später geschlossen wurde, hat die Bestätigung des zweiten Kabinetts Brüning sowie der gesamten, seit Mai erlassenen Notverordnungen gebracht und mit der Wiedervertagung des Parlaments auf den 23. Februar 1932 die Gesetzgebung und die politische Verantwortung erneut und ausschließlich in die Hände der Reichsregierung gelegt. Damit der heftige Kampf zwischen Regierung und Reichspartei zugunsten des Kanzlers ausgegangen. Das Eingreifen der Waage bildete die Wirtschaftspartei, die geschlossen für die Regierung stimmte. Aber der Kampf um die Wahrung der Rechte ist mit der Vertagung des Reichstags nicht beendet; der Feldzug geht vielmehr weiter, wie ja auch die Politiker der Rechten noch vor dem Wiederzusammentritt des Reichstags offen betont haben, daß auch sie die vier Tage Reichstag nur als einen Unfall ansehen.  
Eine Ueberbrückung brachte die wahrheitsgemäß letzte Reichstagsungung in diesem Jahre mit der, nach dem Ausgange der Deputationalen und der Nationalsozialisten erstgesehenen Annahme, eines kommunalistischen Antrags, der die Reichsregierung mit der Einstellung des Neuzuganges des Panzerkreuzers B. beauftragt. Dafür stimmten mit den Antragstellern die Sozialdemokraten, insamt 211 Abgeordnete, dagegen die 171 übrigen juristisch-rechtlichen Parlamentarier. Wahrscheinlich wird diese Entscheidung, deren Bedeutung in der Aufeinanderfolge der vielen Abstimmungen nicht ausreichend gewürdigt wurde, noch häufig Stoff zu Diskussionen geben. Ob freilich der Einheitsfrontschluß nun auch wirklich die Voraussetzung zur Folge haben wird, läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen. Da es sich um einen Auftrag handelt, hätte natürlich die Reichsregierung über die Durchführung dieses Auftrags Beschluß zu fassen.  
Bedeutet somit die vier Tage Reichstag im Kampf um den Ruf der deutschen Gesamtpolitik nur eine Etappe, dann ist das auch hinsichtlich der Erfüllung der deutschen Aufgaben. Und hier handelt es sich keineswegs nur darum, wie wir durch den Winter kommen und wie wir die vielen Millionen deutscher Familien, deren Ernährer seit langen Jahren dem Produktionsprozeß keinen Platz mehr haben, vor der Verzweiflung bewahren können — freilich ist auch das schon eine gewaltige Arbeit —, sondern die Aufgabe der deutschen Staatsführung gipfelt immer noch darin, das Staatswesen und die Wirtschaft auf eine neue Grundlage zu stellen, bestehende Pfeiler zu stützen und bereits gebohrte durch neue zu ersetzen.  
Gerade aber bei der Wahrung dieser Lebensnotwendigkeiten drohen neue innere Auseinandersetzungen heftigen Ausmaßes. Denn die Sanierung Deutschlands aus eigener Kraft ist ohne Opfer nicht durchzuführen. Damit aber gibt es, nicht nur die Verteilung der Opfer zu regeln, sondern die verantwortlichen Instanzen müssen auch die Zweckmäßigkeit der in Aussicht genommenen Maßnahmen prüfen. Hierbei sind nun nicht nur die Interessen der einzelnen Volksteile sorgfältig abzuwägen, sondern es muß auch der richtige Weg eingeschlagen werden, und gerade hier hinsichtlich sind die inneren Meinungsverschiedenheiten außerordentlich groß.  
Es bedarf daher nicht gerade besonderer Voraussicht, zu erkennen, daß die nächsten parlamentarisieren vier Monate politisch von größter Wichtigkeit sein werden. Der Abschluß dieser vier Monate wird dann ein neuer Zeitabschnitt des Reichstags bilden, in dem die letzte Entscheidung fallen wird, und es wird durch den Ablauf der Legislaturperiode des Reichstags Landtags neue Bewegung in die gesamte Politik kommen.  
Allerdings müssen in den nächsten Monaten die großen Fragen des Wirtschaftslebens nicht nur durch innere Maßnahmen gelöst werden, sondern auch die internationale Position hat keine Zeit mehr zu verlieren, wenn sie verhindern

### Beginn der Rabinettsarbeiten.

Die Mitglieder des Wirtschaftsrats dem Reichspräsidenten vorgeföhrt.  
— Berlin, 19. Oktober.  
Nach der Vertagung des Reichstags will das Reichsabinett nunmehr das Wirtschaftsprogramm ausarbeiten, dessen Zweck die Ueberwindung der Krise ist. Eine neue Botschaft über die Frage hat im Kabinett unter dem Vorsitz des Kanzlers bereits stattgefunden. Gleichzeitig beauftragten sich die Minister bei dieser Gelegenheit mit der Ernennung der deutschen Mitglieder des deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses und mit der Auswahl der Mitglieder des Wirtschaftsrats, der das Kabinett bei den wirtschaftspolitischen Entscheidungen beraten soll.  
Nach Abschluß der Kabinettsbesprechungen wurde der Presse folgende Mitteilung übergeben:  
Das Reichsabinett bestellte die nachstehend aufgeführten Persönlichkeiten zu Vertretern der deutschen Regierung in der gemischten deutsch-französischen Wirtschaftskommission, deren Einsetzung gelegentlich des Besuchs der französischen Minister in Berlin zwischen den beiden Regierungen vereinbart worden war:  
Ministerialdirektor Ritter, Auswärtiges Amt, Ministerialdirektor Ernst, Reichsfinanzministerium, Ministerialdirektor Posse, Reichswirtschaftsministerium, Ministerialdirektor Sigler, Reichsarbeitsministerium, Ministerialdirektor Koenigs, Reichsverkehrsministerium, Ministerialdirektor Streil, Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft.  
Den Vorsitz auf deutscher Seite hat der derzeitige Leiter des Auswärtigen Amtes, Reichskanzler Dr. Brüning, übernommen und als seinen händigen Vertreter den Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Dr. Trendelenburg bestimmt. Zum deutschen Generaldirektor ist Ministerialdirektor Ritter bestellt worden.  
Außer den aufgeführten Regierungsvertretern werden Vertreter der verschiedenen Zweige der Wirtschaft und der Arbeitnehmer als Sachverständige zur Teilnahme an den Arbeiten der Kommission geladen werden. Die Namen dieser Sachverständigen werden demnächst veröffentlicht werden.  
Der Reichsanwalt benutzte den Anlaß der Bildung der deutsch-französischen Wirtschaftskommission, in der Staatssekretär Dr. Trendelenburg der händigen Vertreter des Reichskanzlers ist, um ihm den herzlichsten Dank der Reichsregierung auszusprechen für die wertvollen Dienste, die er in der vergangenen schwierigen Zeit als Leiter des Reichswirtschaftsministeriums geleistet hat.  
Vom Reichsabinett wurden darauf die Persönlichkeiten bestimmt, die dem Herrn Reichspräsidenten als Mitglieder des in Aussicht genommenen Wirtschaftsrats vorgeföhrt werden sollen. Die Liste wird alsbald nach der Vertagung durch den Herrn Reichspräsidenten bekanntgegeben.

### Beginn der Rabinettsarbeiten.

Die Mitglieder des Wirtschaftsrats dem Reichspräsidenten vorgeföhrt.  
— Berlin, 19. Oktober.  
Nach der Vertagung des Reichstags will das Reichsabinett nunmehr das Wirtschaftsprogramm ausarbeiten, dessen Zweck die Ueberwindung der Krise ist. Eine neue Botschaft über die Frage hat im Kabinett unter dem Vorsitz des Kanzlers bereits stattgefunden. Gleichzeitig beauftragten sich die Minister bei dieser Gelegenheit mit der Ernennung der deutschen Mitglieder des deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses und mit der Auswahl der Mitglieder des Wirtschaftsrats, der das Kabinett bei den wirtschaftspolitischen Entscheidungen beraten soll.  
Nach Abschluß der Kabinettsbesprechungen wurde der Presse folgende Mitteilung übergeben:  
Das Reichsabinett bestellte die nachstehend aufgeführten Persönlichkeiten zu Vertretern der deutschen Regierung in der gemischten deutsch-französischen Wirtschaftskommission, deren Einsetzung gelegentlich des Besuchs der französischen Minister in Berlin zwischen den beiden Regierungen vereinbart worden war:  
Ministerialdirektor Ritter, Auswärtiges Amt, Ministerialdirektor Ernst, Reichsfinanzministerium, Ministerialdirektor Posse, Reichswirtschaftsministerium, Ministerialdirektor Sigler, Reichsarbeitsministerium, Ministerialdirektor Koenigs, Reichsverkehrsministerium, Ministerialdirektor Streil, Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft.  
Den Vorsitz auf deutscher Seite hat der derzeitige Leiter des Auswärtigen Amtes, Reichskanzler Dr. Brüning, übernommen und als seinen händigen Vertreter den Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Dr. Trendelenburg bestimmt. Zum deutschen Generaldirektor ist Ministerialdirektor Ritter bestellt worden.  
Außer den aufgeführten Regierungsvertretern werden Vertreter der verschiedenen Zweige der Wirtschaft und der Arbeitnehmer als Sachverständige zur Teilnahme an den Arbeiten der Kommission geladen werden. Die Namen dieser Sachverständigen werden demnächst veröffentlicht werden.  
Der Reichsanwalt benutzte den Anlaß der Bildung der deutsch-französischen Wirtschaftskommission, in der Staatssekretär Dr. Trendelenburg der händigen Vertreter des Reichskanzlers ist, um ihm den herzlichsten Dank der Reichsregierung auszusprechen für die wertvollen Dienste, die er in der vergangenen schwierigen Zeit als Leiter des Reichswirtschaftsministeriums geleistet hat.  
Vom Reichsabinett wurden darauf die Persönlichkeiten bestimmt, die dem Herrn Reichspräsidenten als Mitglieder des in Aussicht genommenen Wirtschaftsrats vorgeföhrt werden sollen. Die Liste wird alsbald nach der Vertagung durch den Herrn Reichspräsidenten bekanntgegeben.

### deutsch-französischen Wirtschaftskommission.

deren Einsetzung gelegentlich des Besuchs der französischen Minister in Berlin zwischen den beiden Regierungen vereinbart worden war:  
Ministerialdirektor Ritter, Auswärtiges Amt, Ministerialdirektor Ernst, Reichsfinanzministerium, Ministerialdirektor Posse, Reichswirtschaftsministerium, Ministerialdirektor Sigler, Reichsarbeitsministerium, Ministerialdirektor Koenigs, Reichsverkehrsministerium, Ministerialdirektor Streil, Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft.  
Den Vorsitz auf deutscher Seite hat der derzeitige Leiter des Auswärtigen Amtes, Reichskanzler Dr. Brüning, übernommen und als seinen händigen Vertreter den Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Dr. Trendelenburg bestimmt. Zum deutschen Generaldirektor ist Ministerialdirektor Ritter bestellt worden.  
Außer den aufgeführten Regierungsvertretern werden Vertreter der verschiedenen Zweige der Wirtschaft und der Arbeitnehmer als Sachverständige zur Teilnahme an den Arbeiten der Kommission geladen werden. Die Namen dieser Sachverständigen werden demnächst veröffentlicht werden.  
Der Reichsanwalt benutzte den Anlaß der Bildung der deutsch-französischen Wirtschaftskommission, in der Staatssekretär Dr. Trendelenburg der händigen Vertreter des Reichskanzlers ist, um ihm den herzlichsten Dank der Reichsregierung auszusprechen für die wertvollen Dienste, die er in der vergangenen schwierigen Zeit als Leiter des Reichswirtschaftsministeriums geleistet hat.  
Vom Reichsabinett wurden darauf die Persönlichkeiten bestimmt, die dem Herrn Reichspräsidenten als Mitglieder des in Aussicht genommenen Wirtschaftsrats vorgeföhrt werden sollen. Die Liste wird alsbald nach der Vertagung durch den Herrn Reichspräsidenten bekanntgegeben.

### Schulden-Halbierung?

„Matin“ veröffentlicht das französische Verhandlungsprogramm für Washington.  
— Paris, 19. Oktober.  
In einer viel beachteten Auslassung verläßt der „Matin“ das Verhandlungsprogramm des französischen Ministerpräsidenten für Washington zu skizzieren. Die französischen Unterhändler, so erklärt das Blatt, würden eine feste Doktrin befolgen, sie hätten jedoch alle Probleme eingehend beraten.  
In der Kriegsschuldenfrage tritt der „Matin“ für eine 50prozentige Herabsetzung ein und erklärt, ein Moratorium, dem die Amerikaner zuzuneigen schienen, könne auf keine große Gegenliebe bei der französischen Delegation. Nur eine 50 prozentige Schuldentilgung würde eine sofortige Erleichterung bringen. Die entsprechend herabgesetzten deutschen Zahlungen könnten also während einer noch zu bestimmenden Zeit, anstatt in Devisen transferiert zu werden, in Mark der B33, zur Verfügung gestellt und von dieser zur Unterföhrtung der mit Wirtschafts- und Finanzschwierigkeiten kämpfenden Länder verwendet werden.  
Als Gegenleistung für dieses von den Amerikanern zu bringende Opfer wäre Frankreich bereit, in der Abrüstung einzuzwilligen und in eine progressive Abrüstung einzuzwilligen, jedoch unter zwei Bedingungen:  
1. Die Abrüstung müßte durch eine Herabsetzung der gegenwärtig bestehenden Budgets und durch eine Angleichung der Rüstungen erfolgen; 2. der Kelloggspakt müßte durch einen oder zwei Artikel ergänzt werden, derart, daß im Falle eines drohenden oder vorhandenen Konfliktes sich nicht nur die Vereinigten Staaten sofort mit den übrigen Mächten verständigen, sondern daß der einmal festgestellte Angreifer von seiner Nation irgendwelche Unterstützung erhalte.

### Das Urteil der Presse.

Pressestimmen zur Vertagung des Reichstags.  
Das Ergebnis des Abstimmungstages im Reichstag wird von der gesamten Presse eingehend behandelt und auf seine Bedeutung hin untersucht. Von den Blättern der Rechten, die alle die Stellungnahme der Wirtschaftspartei für

Was die Reparationsfrage betreffe, so könne Frankreich „unmöglich an den ungehörigen Antrittstaktel verzichten, es wäre jedoch zu gewissen Erleichterungen für Deutschland bereit.“ (Abstriche, Zahlungen in Mark, Sachlieferungen).

Hinichtlich der finanziellen Fragen ließe die französische Delegation die Einführung des Bimetallismus und auch der sogenannten Umwertung des Goldes skeptisch bzw. ablehnend gegenüber. Auch dürfte Frankreich kaum bereit sein, an irgendeiner Kreditoperation, wenn sie von den Vereinigten Staaten geplant werden sollte, teilzunehmen, sondern höchstens den Kaiser Finanzmarkt für die Auflegung derartiger Kreditanleihen zu öffnen.

### Finanzkonferenz an Bord der „Isle de France“.

Der Sonderkorrespondent des „Reit Parisien“ an Bord der „Isle de France“ berichtet, daß sich an Bord des Dampfers auch der Unterdirektor der Federal Reservebank, Burgeß, befinde, der von Basel nach Amerika zurückkehre. Burgeß habe bereits eine längere Unterredung mit den französischen Finanzfachverständigen Riff, Ruess und Parmentier gehabt.

### Vorab bittet Laval um eine Unterredung

Nach einem Funkpruch von Bord des Dampfers „Isle de France“ hat Ministerpräsident Laval ein Telegramm von Senator Borah erhalten, der ihn um eine private Unterredung bei einem Aufenthalt in Washington bittet. Außerdem soll verabredet worden sein, daß die Unterredungen zwischen Präsident Hoover und Ministerpräsident Laval streng privaten Charakter tragen und daß die Sachverständigen getrennte Sitzungen abhalten würden.

### Druck auf die Reichsbank.

Neue Devisenabgaben. — Rückzahlung von Pfundkrediten. Notendeckung 28,6 Prozent.

— Berlin, 19. Oktober.

Der Reichsbankausweis für die zweite Oktoberwoche zeigt bei einem gegenüber der Vorwoche annähernd unveränderten Notenumlauf von 4527 (4523) Millionen Mark eine leichte Abnahme der Notenbedeckung auf 28,6 (30,1) Prozent, deren Hauptursache in dem Rückgang des Bestandes an Gold und dekursfähigen Devisen um 66,7 auf rund 1294 Millionen Mark zu suchen ist. Gegenüber dem Stand vom 15. August bedeutet dies eine Abnahme um 385 Millionen Mark, die sich im großen und ganzen im Rahmen der an das Stillhalteabkommen geknüpften Erwartungen gehalten hat.

Zu berücksichtigen ist, daß die Pfundkrisis dem Exporthandel eine Tendenz zur Abbedung von Pfundkrediten brachte, während andererseits in Erwartung einer baldigen Pfundstabilisierung auf einer höheren Basis teilweise eine Neigung zur Zurückhaltung von Pfundkrediten zu bemerken war. Außerdem haben gerade in der letzten Zeit eine ganze Reihe von einmaligen Leistungen stattgefunden, die in Zukunft nicht mehr auftreten werden.

Die steigenden Auszahlungen, namentlich bei den Sparkassen, haben naturgemäß eine Erhöhung des Wechselbestandes bei der Reichsbank nach sich gezogen; die letzte Woche brachte bei Wechsel und Schecks einen Zuwachs um rund 139 Millionen Mark. Von dem jetzigen Wechselbestand der Reichsbank dürfte vielleicht ein Drittel als nicht im eigentlichen Sinne liquide zu bezeichnen sein.

Bei einer leichten Besserung der Wirtschaftslage dürfte mit einem Rückfluß der Gelder an die Sparkassen und damit auch mit einer Ablösung der Sparkassenwechsel, die den größten Teil des illiquiden Wechselmaterials der Reichsbank darstellen, zu rechnen sein. Die Lage der Reichsbank ist völlig gesichert.

### Ruhrbergbau kündigt die Lohnordnung.

— Essen, 19. Oktober.

Die Geschäftsführung des Zechenverbandes hat die zur Zeit geltende Lohnordnung für den Ruhrbergbau (Schiedspruch vom 29. September 1931) zum 30. November 1931 gekündigt. Die Geschäftsführung begründet diese Maßnahme mit der Entwicklung der wirtschaftlichen Lage und der Auswirkung der Entwertung des englischen Pfundes.

## Die Fabrik

Roman von Marjorie Sommers  
(ERIKA FORST)  
Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale) 1931

Ihr Mütter glaubt immer, einen ewigen Rechtsanspruch auf eure Kinder zu haben. Nora und ich werden sehr bald heiraten — in aller Stille, ohne Hochzeit und Aufsehen. Es kommt nur darauf an, ob du dir die Freude machst, an unserem Leben teilzunehmen oder ob du sie dir raubst.“

„Nora ist noch nicht majeure. Ich werde ihre Mutter bestimmen...“

„Es kann sich nur noch um Monate handeln, daß sie mündig wird, Mutter.“

Frau Barbaras Gebuld war zu Ende. In den beständigen Worten erging sie sich, um die Unantastbarkeit des Sohnes und die Sinterlist der „aus Barmherzigkeit angenommenen Nichte“ zu tadeln. Wehersch, wie sie im Grunde genommen war, konnte sie doch, verlor sie einmal die Fassung, wenn nicht sehr heftig, so doch sehr bitter und ungerichtet werden.

Sie stand an einen Sessel geleht, während ihr Sohn ruhig im Zimmer auf und ab schritt und ihre bösen Worte gelassen hinnahm. Sie würde sich so am besten in die neue Situation finden, überlegte er.

Seine Gedanken waren bei Nora. Das Kind würde sich ängstigen. Die Unterredung dauerte lange, viel länger, als er vorausgesetzt. Dennoch wollte er keine Mutter jetzt nicht dadurch verletzen, daß er Ungebuld und somit Geringschätzung für ihre Gedanken und Empfindungen verriet. Er zwang sich zur Geduld.

„Zebenfalls verläßt Nora noch heute mein Haus“, entschied Frau Barbara hart, „und zwar, um es nie wieder zu betreten!“

„Das kann ich nicht hindern, Mutter“, erwiderte Hell so, als handle es sich um die allergeringfügigste Angelegenheit.

## Matuschka Alleintäter.

Endlich völliges Geständnis. — Die Anschläge bei Jüterbog und Via Torbag aufgefährt.

Die verschiedenen Eisenbahnattentate in den letzten beiden Jahren in Oesterreich, in Deutschland und in Ungarn sind jetzt endlich durch das restlose Geständnis des in Oesterreich verhafteten Matuschka geklärt worden.

In den weiteren Verhören durch Polizeirat Dr. Böhm erlitt Matuschka einen Neuensjammenbruch und hat dann gestanden, sowohl die beiden Attentate in Ansbach als auch jene in Jüterbog und Via Torbag verübt, und zwar allein verübt zu haben. Seine früheren Angaben über den angeblichen Anstifter Bergmann hat er vollständig widerrufen. Er hat weiter angegeben, daß er im April dieses Jahres in Deutschland, gleichfalls in der Nähe von Jüterbog, ein Eisenbahnattentat geplant hatte. Zu diesem Zwecke hatte er Schweißapparate gekauft und die nötigen Vorbereitungen getroffen. Zur Ausführung dieses geplanten großen Attentats sei es jedoch damals nicht gekommen. Weiter gestand Matuschka, daß er für die nächste Zeit noch mehrere große Eisenbahnattentate, und zwar auf der Strecke Amsterdam — Paris — Marseille und bei Ventimiglia, geplant und vorbereitet habe.

Nähere Einzelheiten aus diesen Geständnissen, die zweifellos wahrheitsgetreu sind, können vorläufig im Interesse der Untersuchung nicht veröffentlicht werden. Die Wiener Postzeitung erklärt, daß keine Zweifel an den Aussagen Matuschkas bestehen. Er hat die Pläne seiner verübt und der noch geplanten Attentate gezeichnet und genau die Fluchtpläne nach den Attentaten gezeichnet.

### Wie Matuschka überführt wurde.

Zu Beginn des letzten Verhörs leugnete Matuschka noch hartnäckig, aber seine Widerstandskraft schien schon gebrochen zu sein; er wurde immer unruhiger, und zeitweise stellten sich Schreitämpfe ein. Polizeirat Böhm überlegte die Angaben Matuschkas und hielt ihm alle Einzelheiten vor, die für seine Täterschaft sprachen. Matuschka begann nun zu ähtern und beklagte das Schicksal seines Kindes und seiner Frau und warf sich auf die Knie. Dr. Böhm legte ihm nahe, doch endlich sein Gemissen zu erleichtern, und unter erschlüßenden Szenen gestand Matuschka.

In der weiteren Vernehmung durch den Berliner Kriminalrat Genau und den ungarischen Kommissar widerlief Matuschka, der nun völlig zusammengebrochen war, alle Einzelangaben, die er über das Attentat in Jüterbog gemacht hatte, und erklärte, daß er allein es war, der in der Friedrichstraße in Berlin die Drähte gekauft hat. Er allein hat in Berlin die langen Gasrohre mit Kraft gefüllt und allein den Platz bei Jüterbog ausgesucht, wo er dann das Eisenbahnattentat verurichtete.

Ueber das Motiv seiner Handlungen machte Matuschka noch unverständliche und phantastische Mitteilungen.

### Die dritte Südamerikafahrt.

„Graf Zeppelin“ abermals gestartet.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist am Sonnabend früh um 1.05 Uhr unter Führung von Kapitän Lehmann zu seiner dritten Südamerikafahrt gestartet. Der Start ging bei kräftigem Nordostwind und vollkommen klarem Himmel glatt vonstatten. Das Luftschiff nahm sofort Kurs in Richtung Basel. An Bord befinden sich 17 Passagiere. Ferner führt das Luftschiff 180 Kilogramm Post an Bord.

### Leberfall auf Gelbbriefträger.

Selbstmord des einen Verbrechers.

— Wien, 19. Oktober.

In Wien wurde der Gelbbriefträger Lindauer, als er das Postamt zum Bestimmungsort verlassen hatte, von zwei jungen Burischen überfallen, von denen eine Schiffe abgab. Lindauer wurde von mehreren Augen getroffen und fast zusammen. Die Burischen ergriffen die Flucht. Es entwickelte sich eine wilde Verfolgung, an der Postbeamte und Passanten teilnahmen. Einer der Räuber wurde ergriffen. Der zweite schoß sich, als er keinen Ausweg sah, in den Kopf und verletzte sich lebensgefährlich.

„Ich habe auch in gewissem Sinne nichts dagegen. — Jedoch: ich werde sie natürlich begleiten und mir dein Haus so lange verjagen, wie du es ihr verbietest.“

In diesem Augenblick überwand der Trotz in Frau Barbaras Herzen jede andere Empfindung.

„Wie du willst“, sagte sie hart und verachtend. „Lebe also wohl!“

„Mutter!“ mahnte Hell bittern.

Sie stand schon an der Tür.

„Ich verliere meinen letzten Sohn; dann bleibt mir eben nur eins: die Arbeit für die Fabrik.“

„Wird sie, die letzte Sache, dir den Menschen ersparen können?“ fragte Hell noch einmal. Es lag ein Fiechen in seiner Stimme.

Frau Barbara lachte höhnisch auf.

„Was bist du mir denn schon gewesen, seit du erwachsen bist?“

Die Tür schloß sich hinter ihr.

Einen Augenblick stand Hell wie versteinert da.

Mutter, dachte er, Mutter, so hart kannst du sein?

Sie hat es schwer gehabt all die Jahre — so jung Witwe, die Leitung der Fabrik, die Enttäuschungen in ihren sozialen Ideen, Klagen, der Krieg und der Tod der Brüder, die schweren Nachkriegsjahre — und ich? Gott, sie hat ja nur die Wahrheit gesagt. Ein erbärmlicher Nichtbin ich gewesen, um dieses Mädchens willen. Ich darf ihr nicht zürnen! Kleine Nora! Nun aber: zu dir!

Ein warmes Gefühl durchströmte sein Herz.

Er mußte nach ihr sehen, sie in die Sachlage einweihen.

Nora hatte angstvoll gewartet — und slog Hell erregt entgegen.

„Hell, was sagst du?“

„Noch ist sie böse; aber sie wird sich besinnen. Heute abend fahren wir zusammen zu deiner Mutter.“

„Zusammen? Hell, wie himmlisch!“ jauchzte Nora auf; dann plötzlich besann sie sich: „Das heißt aber doch, daß deine Mutter mir sehr zürnt?“

„Tröste dich — laß ihr Zeit! Sie wird nicht lange unverständlich bleiben. Und zerröte alle ihre Pläne. Erst folle

## Aus Stadt und Land.

\* **Vorübergehende Verhaftung von Nationalsozialisten.** Auf der Fahrt nach Braunschweig zu einer nationalsozialistischen Versammlung wurden in Kaulsdorf bei Berlin 23 Mitglieder der NSDAP festgenommen. Die Anhaltenden waren mit Lastkraftwagen aus Grünberg in Schlesien gekommen. Zwei weitere Lastkraftwagen mit Mitgliedern der NSDAP, aus Neustettin wurden ebenfalls dem Polizeipräsidium zugeführt. Sämtliche Festgenommenen werden wieder entlassen, da ein Verstoß gegen die Notverordnung nicht vorliegt.

\* **Polizei stört eine Festlichkeit.** Der Polizei war bekannt geworden, daß in einem Bierkeller in der Dragonerstraße in Berlin Einbrecher und Hehler die letzten Erfolge „abgeben“ wollten. Während der Feier erliefen plötzlich Polizei und stürzte die ganze aus 23 Personen bestehende Gesellschaft verhaftet. Bekannte Einbrecher wurden gefaßt und gaben mehrere Raubgänge an. Bei verschiedenen Hehlern fand man jahrelanges Diebesgut.

\* **Was alles gefunden wird.** In Schmöckwitz bei Berlin meldete sich bei der Polizei ein Mann, der eine Tausend-Dollar-Note abgab und erklärte, sie auf einem Spaziergange durch den Wald bei Schmöckwitz gefunden zu haben. Die Note wurde zunächst dem Fundbüro überwiesen. Die Note wird im Fundbüro des Polizeipräsidiums geprüft werden, da über ihre Echtheit Zweifel entstanden sind. Wenn sie echt ist, wird sich der Besitzer wohl bald melden, denn ihm wird ja gelegentlich der Verlust auffallen.

\* **Waffenlager im Felde.** Beim Umgraben von Grenzsteinen in Pörsch (Schlesien) fand man an einem Leichnam ein Lager von Gewehren und Munition sowie ein Pistolengewehr, das aus den Eintrüden im dortigen Schloß stammen sollte. Der Fundbesitzer befindet sich auf dem Grundstück der Brüder Böhnel, von denen Kurt Böhnel bereits wegen Sprengstoffdiebstahls in Haft ist. Die Nachprüfungen werden ergeben, ob sich unter den Waffen auch das Gewehr befindet, mit dem vor einigen Monaten Brandstifter Scholz aus Throna von dem flüchtigen Mag. Böhnel erschossen wurde.

\* **Ein Auto mit Nationalsozialisten verunglückt.** Ein mit 27 Nationalsozialisten besetztes Lastkraftwagen der sich auf der Fahrt von Götting nach Braunschweig befand, verunglückte in der Nähe von Wargen. Der Besitzer des Wagens namens Richter, der das Auto feuerte, wurde getötet, vier weitere Anwesenden des Wagens wurden schwer, die übrigen leichter verletzt. Die Schwerverletzten wurden ins Krankenhaus nach Wargen gebracht.

\* **Der Lohnkampf in der Hochseefischerei.** An den Verhandlungen in Bremen über die Heruntertarife der Hochseefischerei nahmen auf einer Seite Vertreter des Verbandes der Hochseefischer, auf der anderen Vertreter des Verbandes der Kapitane und Steuerleute des Gesamtverbandes und des Zentralverbandes der Maschinenisten und Heizer teil. Es kam nur zu einer allgemeinen Aussprache über die wirtschaftliche Lage und insbesondere über die Lage der Hochseefischerei und die Folgerungen, die daraus zu ziehen sind. Zu Verhandlungen über die Tariffrage selbst kam es noch nicht. Die Besprechungen wurden bis auf weiteres vertagt. Ein Termin ihrer Weiterführung wurde noch nicht festgelegt.

\* **Ein Lokomotivführer verbrannt.** Der Führer der elektrischen Lokomotive eines Personenzuges auf der Strecke Wargen — Götting in Tirolo wurde während der Fahrt mit einer elektrischen Maschine aus Reparatur vornehmend. Dabei wurde er von dem 1500 Volt-Strom erfaßt. Der Unglückliche lag fern von der Maschine. Der Begleiter konnte den Zug zum Stehen bringen, so daß noch größeres Unglück auf der sehr belebten Strecke verhindert wurde.

\* **Freie Vereinbarung für den Lachener Steinkohlenbergbau.** Am 1. August Steinbergbau haben die Parteien in freier Vereinbarung das zur Zeit geltende Abkommen über die Arbeitszeit bis zum 30. April 1932 verlängert mit der Maßgabe, daß es zu diesem Zeitpunkt mit einmonatiger Frist gekündigt werden kann. Gleichzeitig ist die Laufzeit der Lohnordnung vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember 1931 mit einmonatiger Kündigungsfrist verlängert worden.

ich Alice betrauen, um die Familienbande zwischen Wolke und uns ganz eng zu knüpfen — und nun beirate ich dich, die sie zu demselben Zweck für Hermann bestimmt hatte.“

„Für Hermann?“

„Ja, deshalb der Adoptionsplan! Du wirst ganz rot, Nora! Hättest du Hermann lieber gehabt? Noch ist es Zeit, Kind!“

„Hell!“

Nora nahm die Hand des Veters und sog sie an ihre Wangen.

„Hermann“, sagte sie, „ist mir wie ein Bruder!“

„Und ich?“

„Wie ein Vetter“, blühte ihn das junge Mädchen an, das bei ihm die hohe Schule des Lebens durchgemacht und sie gut absolviert hatte. Und sie lachte beide, noch ihrer inneren Bedürftigkeit.

„Nur die nötigen Sachen, Nora!“ ordnete Hell an.

„Ich glaube, Mutter wird uns sehr bald heimrufen. Ich muß irgendwie nach Berlin. Ich werde versuchen, dort ein Konzert zu geben. Da ich den nötigen Mannen habe, die Maschine zu steuern, wird alles schon glatt gehen. Die ganze Sache ist zuerst eine Kapitalanlage.“

„Und wenn deine Mutter unverständlich bleibt?“

„Damit rechne ich nicht, Nora — ich lenne sie zu gut!“

Sie ist im Grunde genommen so unendlich gültig.“

Es war Abend geworden, ehe man sich verabschiedete.

Nora freilich, die an Tätigkeit gewöhnt war, fand, daß die Stunden unendlich dahinflüchten. Sie hätte so gern geübt in der Fabrik von diesem und jenem Abschied genommen. Von den Brüdern Wolke. Und sie lächelte bei den Gedanken, daß die Tante daran gedacht, sie Hermann zu vermählen — von Sappel, den sie Hermann Wolke noch gern ans Herz gelegt, ihn und seine Familie. Frau Sappel mußte in das Gesehensheim der Firma, und wenn er auch wirklich noch nicht die zwei Jahre in der Fabrik arbeitete, die eigentlich Voraussetzung dafür waren. Aber ihre Zucht vor der Tante war zu groß. Sie wagte nicht, ihr Zimmer zu verlassen. Zum Abendessen holte Hell sie inbeden hinunter.

(Fortsetzung folgt.)

# Die Standartenweihe in Braunschweig

Braunschweig, 19. Oktober.

Die Stadt Braunschweig stand am Sonnabend und Sonntag vollkommen im Zeichen des Hakenkreuzes. Die Weihe über 100 000 Nationalsozialisten hatten sich an der Weihe von 24 neuen Standarten eingekunden. Der Inhalt des impotenten Treffens bildete ein Festspiel, das am Sonnabend abend Adolf Hitler von der SA-Mitgliedern dargebracht wurde. Der Parteiführer stand vor dem Hotel auf einem Auto und ließ den fast eine Stunde langen Zug passieren.

Sonntag begannen die Standarten schon in den frühen Morgenstunden aus ihren Quartieren in den umliegenden Orten nach der Stadt zu ziehen, um auf dem Hauptplatz die feierliche Aufstellung zu nehmen. Unter wehenden Fahnen mit Musik und Gesang rückten sie in langer Kolonne von allen Seiten heran. Fast zwei Stunden dauerte der ununterbrochene Zutrom. Die 24 neuen Standarten hatten auf der Anhöhe Aufstellung genommen.

Gegen 10 Uhr erschien, von Heil-Rufen begrüßt, Adolf Hitler. Vor 12 Jahren, so betonte er in seiner Weihe-Rede, sei die Bewegung zum ersten Mal in die Öffentlichkeit getreten. Eine Handvoll Leute habe damals zur Fahne gefunden, die heute hier zu Tausenden zu sehen seien. 12 Jahre Niedergang des Volkes und 12 Jahre Aufstieg der Bewegung lägen hinter uns. Ich glaube, jagte Hitler, werden die letzten Feldzeichen sein vor dem Siege der Bewegung, die Sie heute in treue Hand nehmen. Er richtete die Mahnung an die SA-Leute, in Treue zusammenhalten und nicht die Lehre des Weltkrieges zu vergessen. Angesichts der Wende der Zeit gelte es härter und entschlossener zu sein denn je. In der Stunde, in der ganz Deutschland auf die Bewegung blicke, müsse er erneut das Schicksal abnehmen, wie bisher treu zur Bewegung zu stehen, bis dem Vaterland wieder Ehre und Freiheit gegeben werde.

Braufende Heil-Hufe folgten der Ansprache, woraus aus Feld die erste Strophe des Deutschland-Liedes sang. Darauf formierten sich die Gruppen zum Ausrück nach dem Schloßplatz. Hier hatte vor dem früheren herzoglichen Schloß Hitler mit seinem Stab Aufstellung genommen und nahm den Vorbereitungen der Tausende entgegen, die um 12 Uhr begonnen hatte und 6 Stunden und 10 Minuten dauerte.

Der Umzug lief im ganzen reibungslos verlaufen in der Stadt haben nach dem Vorbereitungen zwar zahlreiche Zusammenstöße stattgefunden, so daß die Schulpolizei in vielen Fällen einschreiten mußte, aber die Ordnung konnte immer bald wieder hergestellt werden. Eine Anzahl Verletzter ist zweifellos vorhanden. In einigen Stellen soll auch gefesselt worden sein.

Abends hielt Hitler in der vollbesetzten Stadthalle eine Rede, in der er ausführte, der Reichsführer habe in seiner letzten Rede im Reichstag übersehen, daß neben der Bildung einer Arbeitnehmer- und Arbeitgeberfront, wie er sie schon damals, eine dritte Front bestche, die nationalsozialistische. 12 bis 15 Millionen seien heute innerlich bereit, daß die Lösung der deutschen Frage aus dieser Front allein heraus Wirklichkeit werden könne. Heute seien 100 000 marschieren, in wenigen Jahren würden Millionen zu marschieren. Die nationalsozialistische Fahne sei das Symbol der Einheit des deutschen Volkes in der Zukunft, bis die Stunde komme, wo die Fahne der nationalsozialistischen Opposition zur Fahne des neuen deutschen Reiches geworden sei.

Die Rede wurde mit starkem Beifall aufgenommen. In einer Pressebesprechung am Sonnabend wurde mitgeteilt, daß die SA im ganzen Reich über 220 000 Mitglieder zähle. Die Weihe von 30 weiteren Standarten hat man auf das Frühjahr verabschieden müssen.

## Bückeburg und Stadthagen wählen

Großer Verlust der Sozialdemokraten

Bückeburg, 19. Oktober.

Am Sonntag fanden in Bückeburg und Stadthagen Bürgerwahlen statt. Bei lebhafter Beteiligung wählte die Wahlbevölkerung im allgemeinen ziemlich ruhig und reibungslos ab. In beiden Ergebnissen ist bemerkenswert, daß die Sozialdemokratie die größte Einbuße erlitten hat und daß auch die Nationalsozialisten ihren Fortschritt nicht nur nicht fortsetzen konnten, sondern sogar auch nicht allzu stark zurückgeworfen wurden. Das Ergebnis der kommunistischen Stimmen ist der natürliche Ausdruck unserer katastrophalen Wirtschaftslage. Aufsteigend ist schließlich auch noch der Gewinn der Staatspartei. Die genauen Ergebnisse lauten folgendermaßen:

**Bückeburg:** Kommunisten 173 Stimmen (letzte Wahlenwahl: 196), Deutschnationale 612 (748), Sozialdemokraten 633 (925), Staatspartei 230 (249), Deutsche Volkspartei 420 (344), Nationalsozialisten 1119 (1151).

**Stadthagen:** Kommunisten 622 (609), Einheitsliste Deutschnationale und Deutsche Volkspartei 499 (583), Sozialdemokraten 1991 (2449), Staatspartei 512 (411), Nationalsozialisten 1060 (1112).

## Aus Nah und Fern

Mitteilungen und Berichte über örtliche Vorkommnisse sind der Schließung ihres willkommen.

Elfleth, den 20. Oktober 1931

### Tagesspiegel

Aufgang: 7 Uhr 03 Min. - Untergang: 5 Uhr 20 Min.

Schwäfer:

9.10 Uhr Vorm. - 10.00 Uhr Nachm.

21. Oktober: 10.30 Uhr Vorm. - 11.20 Uhr Nachm.

Folgende Logger sind hier angekommen: Von der „Neue Dampflocher „Falle“ mit 46 Kanjtes und Motorlogger „Gerlind“ mit 425 Kanjtes Heringen.

Das Schulschiff „Großherzogin Elisabeth“ am Sonnabend im Tau des Nord. Lloyd-Schleppers „Epica“ der Heimatschiffen zur Winterreise verlassen.

Zur Nachschaffung empfohlen! Wie wir erfahren, wird die durch ihre 1500 Filialen bekannte Firma Kaiser's Kaffeegeschäft allen Städten, in denen sie Verkaufsstellen unterhält, für die Winterhilfe 1931/32 eine laufende finanzielle Beihilfe in Form von Warenpenden zur Verfügung gestellt. Wir hoffen, daß das Beispiel dieser Firma, auch in anderen Notzeiten, z. B. während des Krieges, soziale Spenden sich rühmlichst hervorgerufen hat, entsprechende Maßnahmen finden wird.

Odenburger Landestheater. Dienstag, 19. Okt. (A. 7): „Melodie des Geldes“. Mittwoch, 21. Okt.:

Auswärtigen-Vorstellung Nr. 3, „Der Barbier von Sevilla“. 7 1/2 Uhr. „Emilia Galotti“. Donnerstag, 7 1/2 Uhr (B. 3): „Raja die Tänzerin“. Freitag, 7 1/2 Uhr (C. 8): „Emilia Galotti“. Sonnabend, 7 1/2 Uhr: 1. Veranstaltung für die Rotgerichte, für die Nummern 1 bis 875 einfind. „Der Raub der Sabinerinnen“. Emanuel Striepe - Hellmuth Ghe. Sonntag 3 1/2 Uhr: „Fuhrmann Henrichel“. 7 1/2 Uhr: „Die Kaiserin“.

\* Aus der Landeskirche. Die zwölf vom Oberkirchenrat, den Kirchenräten im vorigen Jahr zur Abhaltung empfohlenen Kirchenkollektiven hatten folgende Erträge: Für die Morlokiole Frauen 675 RM, für den Kapellenbau in Streif 301 RM, für den Landesverband evangelischer weiblicher Jugend 675 RM, für die Seemannsmission 913 RM, für die Kreuzkriegergemeinde in Bremerhaven 125 RM, für den Kirchenbau in Uthen 86 RM, für Bethel bei Bielefeld 1446 RM, für die Auswandererfürsorge 314 RM, für die Kriegsgräberfürsorge 2042 RM, für die Glaubensgenossen in Rusland 1191 RM, für die Kriegshinterbliebenen 362 RM, für „to Sus“ 1418 RM. Außerdem wurden eine Anzahl von Kollektiven abgehalten für verschiedene Zwecke, mit einem Gesamtertrag von 1182 Reichsmark.

\* Infolge der neuen Bestimmungen über die Devisenbewirtschaftung sind mit sofortiger Wirkung folgende Einschränkungen im Postanweisungs-, Nachnahme- und Postauftragsverkehr mit dem Ausland erforderlich geworden: Auf Postanweisungen nach dem Ausland dürfen nur gegen Vorweisung eines amtlichen Reisepasses von einem Abnehmer monatlich insgesamt höchstens 200 RM oder der Gegenwert hiervon eingezahlt werden, sofern nicht ein besonderer Genehmigungsbescheid eines Landesfinanzamts vorgelegt wird. Die Höhe des eingezahlten Betrages wird von dem Annahmehelfer in dem Reisepass unter Angabe des Tages und der Bezeichnung des Aufgabestempels vermerkt. Nachnahmen (auf Briefsendungen und Paketen) sowie Postanträge aus dem Ausland nach Deutschland sind nur bis zum Höchstbetrag von 200 RM oder dem Gegenwert hiervon zulässig. Nachnahmen und Postaufträge aus dem Ausland, deren eingezogene Beträge auf ein Postkontokonto in Deutschland überwiesen werden sollen, bleiben hiervon unberührt. Auf Nachnahmen aus Deutschland nach dem Ausland darf von einem Abnehmer monatlich insgesamt höchstens der Gegenwert von 200 RM auf ein Postkontokonto im Bestimmungsland der Nachnahmen überwiesen werden, sofern nicht ein besonderer Genehmigungsbescheid eines Landesfinanzamts vorgelegt wird.

\* Die Richtlinien der Reichsanstalt zur Durchführung der Notverordnung vom 6. Oktober. Zur Durchführung der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenversicherung betreffenden Vorschriften, der Verordnung des Reichspräsidenten vom 6. Oktober, hat der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung an die Präsidenten der Landesarbeitsämter und die Vorstände der Arbeitsämter ein Rundschreiben gerichtet, in dem u. a. auf folgende Gesichtspunkte hingewiesen wird: Die Neufassung des § 87 Abs. 2 stellt klar, daß die Erfordernisse des Lebensunterhalts durch einen familienrechtlichen Unterhaltanspruch gewährleistet sein müssen, wenn einem Arbeitslosen, der das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, die Arbeitslosenunterstützung verweigert werden soll. Die alte Anordnung, daß der Arbeitsentgelt aus dem Durchschnitt der letzten 26 Wochen oder sechs Monate berechnet wird, ist wiederhergestellt worden. Eine Entscheidung des Vorstandes der Reichsanstalt, in wie weit die Arbeitslosenunterstützung in Sachleistungen gewährt werden kann, wird in Kürze herbeigeführt werden. Ebenso bleibt es vorbehalten, die Anordnung vorzubehalten, zu bestimmen, wie zu verfahren ist, wenn ein Arbeitsamt sich für die von ihr unterstützten Personen an Maßnahmen von Gemeinden und Hilfsorgane beteiligt, die eine Erhöhung der Kaufkraft der Unterhaltigen durch Ausgabe von Gutscheinen oder Bezugscheinen bezwecken, die zum verbilligten Lebensmitteln- und Brennstoffbezug berechtigen. Ueber die Durchführung der Mitwirkung der Gemeinden und Gemeindeverbände bei der Bedürftigkeitsprüfung und über die Form, in der der Gemeinde oder den Gemeindeverbänden Gelegenheit zur Verfügung über die Bedürftigkeit zu geben ist, ergeht gleichfalls demnächst eine nähere Anweisung. Zur Begleichung des Mietzinses für die Wohnung des Arbeitslosen, darf dem Vermieter kein Unterstühtungsgeld mehr gezahlt werden.

S Reichsbanklehen an die Kistenfischer. Der Odenburgische Landesfischerverein wandte sich vor mehreren Monaten unter Darlegung der Notlage der Kistenfischer am Jadebusen an das Reichsfinanzministerium um Gewährung von Darlehen zu einem mäßigen Zinssatz. Diefem Erluchen ist erfreulicher Weise entsprochen worden, das Reich hat die ersten Darlehen in Höhe von 20 000 RM bewilligt und zwar zu einem Zinssatz von nur 3 Prozent. Dazu sind zwei weitere Raten in Aussicht gestellt worden. Zweifellos wird die Kistenfischererei nun die langersehnte Belebung erfahren können zum Segen für die Fischer und auch die Konsumenten.

RH Das Handwerk zur Dritten Notverordnung. Der Reichsverband des deutschen Handwerks und der Deutsche Handwerks- und Gewerbetagungsverband haben in einer ausführlichen Eingabe an den Reichsführer zur Dritten Notverordnung Stellung genommen, die zugleich auch den zuständigen Ministern und den Fraktionen des Reichstages übermittle wurde. In der Eingabe wird erklärt, daß das Handwerk in den Maßnahmen der Reichsregierung die große leitende Idee, den schöpferischen Gedanken vermischt, der das deutsche Volk aus der unmittelbaren Not in eine bessere Zukunft weist. Eine grundsätzliche Wandlung der bisherigen Methoden der deutschen Finanz- und Sozialpolitik in ihrer Wirkung auf die deutsche Wirtschaft, welche namentlich die Lebensfähigkeit des gewerblichen Mittelstandes erhält und stärkt, bleibt dringend geboten. Für den geplanten Wirtschaftsbetrieb nehmen die Spitzenverbände des Handwerks Bezug auf ihre Eingabe vom 24. Juli 1931, worin die Reichsregierung ersucht wurde, bei allen Maßnahmen, die in der Reichsregierung zur Lieberwindung der Wirtschaftskrisis vorbereitet werden, einen sachverständigen Vertrauensmann des Handwerks beteiligen.

Nachdem jetzt die Bildung eines Wirtschaftsbeirates bei der Reichsregierung angekündigt ist, wird diese Bitte auf das Dringendste wiederholt. Im einzelnen treten die Spitzenverbände für eine Lebergangsregelung zum Finanzausgleich ein, die zumindest eine organische Lösung vorbereitet, um die gegenwärtigen Fehler des Finanzausgleichs zu beheben und somit insbesondere die ungleichmäßige Behandlung der Steuerpflichtigen zu vermeiden. Die vorgelegene Senkung der Hauszinssteuer sei unzureichend, da der bebaute Grundbesitz zur Erhaltung der Grundlage unserer Kreditwirtschaft gänzlich von ihr befreit werden muß. Auch die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft hat nunmehr zu erfolgen. Für die beschäftigten Handwerker wird die Einschaltung des selbständigen Handwerkers gefordert. Mit den Bestimmungen über die Spar- und Girofassen usw. erklären sich die Spitzenverbände im großen und ganzen einverstanden. Für die gewerblichen Kreditgenossenschaften wird die Schaffung eines einzigen zentralen Kreditinstituts verlangt. In den Bestimmungen über die Prüfungsprüfung der Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Hand wird zwar ein erster Schritt zur Verwirklichung der Forderung nach Beschränkung der Tätigkeit der öffentlichen Hand in der Privatwirtschaft erblickt, jedoch müssen die vorgesehenen Bestimmungen möglichst rasch in Kraft gesetzt werden. Ihre Wirksamkeit hänge von der praktischen Durchführung ab. Für die Arbeitslosenversicherung seien Bestimmungen über die Einführung einer allgemeinen Bedürftigkeitsprüfung, über die Zusammenlegung wenigstens der Kreise- und Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge und über eine Senkung der Unterstühtungssätze unerlässlich. Die Durchführung der Naturalverpflegung für die Erwerbslosen wird nur in enger Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft für möglich gehalten.

\* Brate. Der Gerichtsvollziehergehilfe M., der sich verschiedene Verletzungen zugefügt haben konnte, durch die die Amtskasse und die Landrentenkasse geschädigt wurden, hat sich nunmehr freiwillig der Polizei gestellt.

\* Odenburg. In einem Lebensmittelgeschäft in der Kloppenburger Straße erschien ein Fremder und kaufte für 30 Rg. Süßigkeiten, die er mit einem Zwangsmarktschein bezahlte. Er erhielt 19.70 RM zurück. Nach seinem Fortgang stellte es sich heraus, daß er einen alten, außer Kurs gelegten Darlehnsfahrschein in Zahlung gegeben hatte. Der Täter ist etwa 20 bis 22 Jahre alt, 1,68 Meter groß, schmächtig, hat blondes Haar und war ohne Kopfbedeckung. Er führte vermutlich ein Fahrrad mit sich.

\* Odenburg. Ein schweres Autounfall ereignete sich an der sehr unübersichtlichen Straßenecke Friedensplatz-Peterstraße. Ein Auto kam mit großer Geschwindigkeit aus der Stadt, und ein Motorrad zu gleicher Zeit aus der Peterstraße. Trotzdem beide Führer vorfahrtsmäßig fuhren und ein Signal gaben, kam es doch zu einem Zusammenstoß. Das Motorrad geriet quer vor das Auto und wurde von diesem noch eine Strecke mitgeschleift. Der Motorradfahrer und sein Sozius erlitten sehr schwere Verletzungen. Ersterer wurde ein Schuß glatt abgerissen und der Fuß schwer verletzt, die Beine direkt abgequetscht. Außerdem erlitt er noch einen schweren Beinbruch. Der Soziusfahrer erlitt einen schweren Verwundung. Der Autoführer kam mit dem Strecken davon, auch wurde das Auto nur wenig beschädigt, während das Motorrad vollständig demoliert wurde.

S Odenburg. Ein bemerkenswertes Urteil. Der Tischlermeister Wilhelm Behn aus Wilhelmshaven hatte sich am 23. Juni vor dem Amtsgericht Klüppingen zu verantworten, weil er, in bezug auf die Feuerbestattung, einer verstorbenen Frau auf dem Volksgemein in Klüppingen eine falsche eidesstattliche Versicherung abgegeben haben sollte. Obwohl er dieses gewissermaßen zugab, fällt das Amtsgericht, ohne in eine Vernehmnehmung eingetreten zu sein, aus dem Grunde ein freisprechendes Urteil, weil es ihm zweifelhaft erschien, ob in diesem Falle die eidesstattliche Versicherung vor einer dafür zuständigen Behörde abgegeben worden sei. Um diese grundsätzliche Frage zu klären, legte der Rechtsanwalt gegen das Urteil Berufung ein. In der Begründung des freisprechenden Urteils wird u. a. ausgeführt, daß der Angeklagte die Abgabe der ihm zur Last gelegten Versicherung nicht bestritt. Er habe sich aber nicht dabei gedacht und die Unterzeichnung nur auf Wunsch eines Verwandten der Verstorbenen, der ihn darum gebeten hatte, vorgenommen. Der Betroffene habe ihm erklärt, er müsse eine Unterstühtung haben. In der Verordnung über die Feuerbestattung sei nicht bestimmt worden, daß der Gemeindevorstand bzw. die Polizeibehörde zur Abnahme der eidesstattlichen Versicherung befugt sei, sondern nur, daß zum Nachweis des eidesstattlichen Willens des Verstorbenen, eingedeckert zu werden, zwei eidesstattliche Versicherungen glaubwürdiger Personen notwendig seien. Hieraus könne nicht ohne weiteres gefolgert werden, daß die betreffende Behörde, nach dem Gesetz auch der Gemeindevorstand bzw. die Polizeibehörde sein kann. Die

## Achtung Pfeifenraucher!

Die letzte Notverordnung des Reichspräsidenten bringt für die Raucher recht Erfreuliches. Sie ermöglicht es nämlich den deutschen Rauchtobakherstellern, den Rauchern wieder den feuerbegünstigten Feinschnitt in der früheren feinen Schnittbreite zu liefern. Seine Herstellung in dieser Form war seit vergangenem Mai zum Kummer aller Pfeifenraucher verboten. Diese Beschränkung ist in der letzten Notverordnung aufgehoben, und der alte Feinschnitt ist jetzt also in allen Tabakgeschäften wieder zu haben. Als weitere erfreuliche Folge wird auch das Rauchtobakgewerbe vielen durch die gesetzliche Beschränkung arbeitslos gewordenen Tabakarbeitern wieder Beschäftigung geben können. So hat z. B. Deutschnationale größte Rauchtobakfabrik, Martin v. R. in Bremen, die seit Mai dieses Jahres nur noch mit halber Beschäftigung arbeitete, wieder ihren vollen Betrieb aufgenommen und gibt jetzt 1400 Arbeitern lohnende Beschäftigung. Eifrig wird in dieser Fabrik geschafft, um alle Kunden raschmöglichst mit Brinkmann-Feinschnitt in der früheren feinen Schnittbreite, in der berühmten, guten Qualität, zu versorgen, und dem Raucher die alte, beliebte Marke wieder zuzuführen. Näheres siehe Angeigentel.

Strafkammer gelangte zu der Ansicht, daß das Feuerbestattungsgesetz als derartige zuständige Behörden weder den Gemeindevorstand noch die Polizeibehörde ausgeschlossen habe. Sie hob daher das freisprechende Urteil auf und verurteilte B. in Rücksicht auf die Geringfügigkeit seiner Verletzung, anstelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von 6 Tagen, zu einer Geldstrafe von 30 RM. — Einen Prozeß durch alle Instanzen führte der 1884 in Sillenriedel geborene, in Nordenham wohnende Bierverleger Wilhelm Garzmann gegen einen Strafbefehl, den er erhalten hatte, weil er am 20. Februar 1930, abends gegen 9.30 Uhr in Nordenham fahrlässigerweise einen Auto-Zusammenstoß verschuldet haben sollte. Er erhob Einspruch, wurde aber mit der Verurteilung zu einer Geldstrafe von 100 RM vom Amtsgericht Buxtehude abgewiesen. Auf die von ihm eingelegte Revision beim Oberlandesgericht wurde das Urteil aufgehoben unter Zurückweisung der Angelegenheit an das Amtsgericht. Dieses kam jedoch wieder zu der gleichen Verurteilung. Es erfolgte nun Berufung an die Strafkammer. Der Unfall hatte sich abends in der Dunkelheit an der Ecke Bahnhofsstraße—Friedrich-Geckstraße ereignet, einer dem Verkehr äußerst gefährlichen Stelle. Der Angeklagte kam mit seinem Lieferwagen aus der Richtung Einswarden, während das andere Auto von Utens her dem Bahnhof zustrebte. Weil vom Angeklagten aus gesehen, dieses von rechts kam,

hatte es zweifellos das Vorfahrtsrecht, auch dann, wenn die beiden in Frage kommenden Straßen als Hauptstraßen betrachtet werden. Den größten Sachschaden erlitt der Angeklagte, während ein Injasse des anderen Autos eine kaum nennenswerte Fleißschwunde davon trug. Die Strafkammer stellte allerdings fest, daß S. dem Auto das Vorfahrtsrecht hätte einräumen müssen. Weil aber die ihm zur Last gelegte Fahrlässigkeit äußerst gering sei, änderte sie das Urteil in 30 RM Geldstrafe.

\* **Wilhelmshaven.** In einer großen Massenversammlung erhob die NSDAP. Protest gegen die baldige Eröffnung einer Bata-Filiale. Das scheidende Unternehmen wurde als Schädling des deutschen Handwerks an Beispielen bezeichnet. Die Forderung lautete, nur bei deutschen Handwerkern zu kaufen. Den Handwerkern, die beim Umbau der Filiale Arbeiten ausgeführt hatten, wurden scharf formulierte Vorwürfe gemacht.

\* **Alfeld.** In dem Dorfe Klein-Freden ereignete sich am Sonnabend nachmittag ein aufregender Zwischenfall, der die Verzweiflung der landwirtschaftlichen Bevölkerung schlagartig beleuchtet. Dem Landwirt Heiple hatte die Gemeinde wegen rückständiger Steuern eine Kuh pfänden lassen, die jetzt zwangsversteigert werden sollte. Dazu hatten sich hunderte aus nah und fern eingefunden, und da man von vornherein mit Zwischenfällen rechnete, war auch ein großes Aufgebot von Landjägereibeamten erschienen.

Die Versteigerung begann. Man bat um Gebote. Alles schwiieg. Schließlich nannte der Vertreter der die Zwangsversteigerung betreibenden Gemeinde 300 Mark. Zum ersten, zum zweiten, zum . . . da fiel ein Schuß, und das Versteigerungsobjekt, die Kuh, brach tot zusammen. Der verzweifelte Besitzer hatte trotz der ihn umgebenden Landjäger das Tier erschossen. Als man zu seiner Verhaftung schritt und ihn im Auto nach Alfeld bringen wollte, nahm die Erregung der Bevölkerung drohende Formen an. Hier ertönten Rufe wie „Heil Hitler, Deutschland erwache!“, von dort kamen Gegenkundgebungen. Schließlich gelang es aber doch, ohne weitere Zwischenfälle, Heiple nach Alfeld zu schaffen. Hier wurde er vernommen und dann vorläufig auf freien Fuß gesetzt.

\* **Achim.** Eine ganz niederträchtige Gemeindeführung wurde dieser Tage dem Landwirt Haase in der neuen Ortschaft Lindholz verbüßt. Von bislang unbekanntem Täter wurde dem Vieh Gift verabfolgt. Dieser Tage erkrankte nun plötzlich das Pferd und mehrere Schweine; das Pferd und ein Schwein sind bereits eingegangen. Bei der sofort vorgenommenen tierärztlichen Untersuchung wurde Vergiftung festgestellt. Der krankheitszustand der erkrankten Tiere läßt befürchten, daß auch diese noch eingehen, so daß dem Landwirt ein großer Schaden erwächst. Die gerichtliche Untersuchung ist bereits eingeleitet.



**Er ist wieder da!**  
**Brinkmann Tabak**  
 im früheren feinen Haarschnitt

Haarschnitt  
 fabrikfrisch!

**Domänenamt**  
 Oldenburg i. D., den 17. Oktober 1931  
 Die Pächter der staatl. Gärten und Günde werden darauf hingewiesen, daß nicht nur die Grenzgräben und Gräben, sondern auch die in den Pachtstücken befindlichen Abwässerungsgräben so aufzuräumen sind, daß das Wasser jederzeit ungehindert abfließen kann.  
 Etwaige am 1. November d. J. f. g. sendene Mangelpöste werden unbefehlet etwaiger Beitragsstrafe auf Kosten der Säumnigen beseitigt werden.  
 Linnemann

**Der Wahlkommissar**  
 Brake i. D., den 16. Oktober 1931  
 Gemäß § 23 der Wahlordnung für die Wahlen zur Oldenburgischen Landwirtschaftskammer ist Termin zur Entscheidung über die Zulassung der Wahlvorschl. auf  
**Donnerstag, den 22. Oktober d. J., nachmittags 4.30 Uhr,**  
 im Amtsgebäude Brake, Zimmer Nr. 3, angesetzt.  
 Middendorf, Amtshauptmann

**Kirchenrat und Wohlfahrtsamt**  
 Esfleth, den 19. Oktober 1931  
 Bei der Nothilfeaktion sind rund 520 RM an monatlichen Beiträgen gezeichnet und an besonderen Zuwendungen 88 RM gegeben worden. Außerdem wurden Kleidungsstücke und Nahrungsmittel gespendet.  
 Allen, die zu diesem guten Ergebnis beigetragen haben, sei herzlichster Dank ausgesprochen.  
 Ordemann, Ehlers.

**Vaterl. Frauenverein v. R. Kr. Esfleth**  
 In dieser Zeit, da schwerster wirtschaftlicher Druck und härteste Not auf unsern deutschen Volke lasten, da man mit banger Sorge einem entbehrungsreichen Winter entgegensteht, erl. äßt auch der Vaterl. Frauenverein einen dringenden Aufruf um allgemeine tätige Mitarbeit an alle seine Mitglieder.  
 Wohlfahrtsamt und Kirche, die bereits die 1. Monatsammlung in die Wege geleitet haben, erwarten, daß auch die freie Wohlfahrtspflege ihre Kräfte rührt, und in solcher Zeit höchster Bedrängnis wird sich der Vaterl. Frauenverein v. R. Kr. gen. und selbstverständlich zur Hilfeleistung bereit finden.  
 Um recht viele Kräfte anzuspannen in enger Gemeinschaftsarbeit wird beabsichtigt, außer den üblichen Vorstandssitzungen monatlich Versammlung für alle Vereinsmitglieder und -Freunde einzurichten. Der erste Teil dieser Versammlungsabende soll praktischer Vereinsarbeit gewidmet sein, während der zweite Teil anregende Vorträge bringen wird. Es ist geplant, neben dem Vorstand einen Beirat zu wählen, der die Arbeit der Vereine leitet, die von Vertrauenspersonen betreut werden. Weitere Ratschläge in dieser Richtung werden in diesen Monatsversammlungen gern entgegengenommen.  
 Möchten nun recht viele Frauen bereit sein, ein Mal im Monat einen Abend sich zusammenzufinden, um mitzuhelfen an der sozialen Wohlfahrtsarbeit. Jeder helfe nach seiner Kraft! Auch der kleinste Hilfsdienst ist wertvoll. Nähere Bekanntmachungen über Ort und Zeit der ersten Mitgliederzusammenkunft erfolgen demnächst.

**Gelbe Raucherzähne**  
 „Nach langem Suchen endlich das Richtige für meine Zähne. Nach dreimaligem Gebrauch blendend weiße Zähne, trotzdem dieselben durch vieles Rauchen braun und ungesund wurden. Ich werde nichts anderes mehr gebrauchen, als Chlorodont.“  
 R. S. S. S. — Man verlange nur die echte Chlorodont-Jahnpaste, Tube 64 Pf. und 80 Pf., und weise jeden Erfolg dafür jurid.  
**Deichstücker Höhlenacht**  
 Sämtliche Gräben werden am 1. November gesäubert. Mängel werden gebührl. und sofort auf Kosten der Säumnigen beseitigt.  
 Deichstücken, 20. Oktober 1931.  
 D. Köfmann, Geschworener

**Landwirtschaftliche Schule Brake**  
**Unterrichtsbeginn**  
 am Montag, dem 26. Oktober  
 Anmeldungen für Unter- und Oberklasse sind baldigst zu richten an den Unterzeichneten. Nähere Auskunft wird gerne erteilt.  
 Abels, Landwirtschaftsrat

**Freie Volksbühne**  
 Sonntag, d. 25. Oktober, 15 1/2 Uhr:  
**Fuhrmann Henschel**  
 von Gerh. Hauptmann  
 Karten Freitag ab 20 Uhr bei Geisler.  
 Empfehle zu Freitag  
**frische Seefische**  
 Bestellungen bis Mittwoch erbeten.  
 A. Passarge

Alle Bücher von  
**Rudolf Kinau**  
 erhalten Sie billig in  
**Bargmanns Buchhandlung**

**Dauerobst**  
 zu verkaufen  
 Fr. Meiners, Oberrege  
 Bin Ende der Woche mit  
**TORF**  
 in Esfleth an der Kaje  
 Gerhard Heidenreich,  
 Sundebrück

**ACHTUNG!**  
 Eine gute Tasse Tee ist ein Genuss!  
**Teekenner**  
 trinken T. H. & G.  
**Friesen-Tee**  
 jetzt nur noch 1/4 Pfund 95 s  
**THAMS & GARFS**

Empfehle aus neu eingetroffener Ladung  
**Schamottesteine**  
 2, 3, 4, 5 und 6 cm stark  
**Töpferplatten**  
 35 x 15 x 1 1/2 cm  
**Backofenplatten**  
 25 x 25 x 5 cm  
 Rub. Sanßen, Esfleth, Fernruf 53

**Nur 3 Tage**  
 bis einschließlich Donnerstag  
 auf alle Waren  
**20 Prozent Rabatt**  
 Alle Lederwaren, Kristall- und Spielwaren  
**für die Hälfte**

**Kaufhaus Kunkel**  
 Verein der Freunde der Seefahrschule Esfleth

**Vortrags-Abend**  
 Dienstag, den 20. Oktober 1931, pünktlich  
 abends 8 1/2 Uhr, in Geislers Hotel  
**Rudolf Kinau, Altona**  
**Plattdeutscher Abend**  
 Die Saalüren werden pünktlich um 8 1/2 Uhr geschlossen. Die Mitglieder bitten wir am Eingang vorzuziehen. Eintrittskarten für die Schüler der Seefahrschule, mit der städtischen Schulen sind gegen ein Eintrittsgeld von 50 Pf. am Saaleingang zu lösen.  
 Es wird gebeten, nicht zu rauchen